Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/506
17.01.2019

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

28. Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

Der Ausschuss kommt überein, im Anschluss an die Tagesordnungspunkte 1 und 2 die Tagesordnungspunkte 14, 12 und 8 (siehe Einladung 17/593) aufzurufen.

Aus Zeitgründen wird im Verlaufe der Sitzung von dem o. g. Vorschlag abgewichen. Aufgerufen werden die Tagesordnungspunkte in der Reihenfolge 1, 2, 14, 5, 3 und 8. Die übrigen Tagesordnungspunkte werden auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 verschoben.

1 Sockelfinanzierung einführen: Für eine ehrliche, auskömmliche und qualitätsfördernde Finanzierung der frühkindlichen Bildung in NRW **8**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1666

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4837

Ausschussprotokoll 17/302

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/4837 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/1666 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

2 Drohenden Ausbaustopp verhindern – Kommunen bei der Schaffung von Kita-Plätzen nicht im Regen stehen lassen 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3810

Stellungnahme 17/993
Stellungnahme 17/1003
Stellungnahme 17/1010
Stellungnahme 17/1015
Stellungnahme 17/1019
Stellungnahme 17/1021
Stellungnahme 17/1025
Stellungnahme 17/1026
Stellungnahme 17/1027

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4303

– Verfahrensberatung

Der Tagesordnungspunkt wurde als Tagesordnungspunkt 5 aufgerufen.

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/4303 – in der kommenden Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 durchzuführen.

4 NRW fordert zusätzliche Maßnahmen zur Tabakprävention und den Passivraucherschutz von minderjährigen Kindern in Autos 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2555

Ausschussprotokoll 17/387

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 vertagt.

5 Gesetz zur Ausführung der Insolvenzverordnung (AG InsO) 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3947

Vorlage 17/1578

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Tagesordnungspunkt wurde als Tagesordnungspunkt 4 aufgerufen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/3947 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

6 Die Adipositas-Prävalenz steigt – NRW muss die Schulen stärker unterstützen! 24

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2761

Ausschussprotokoll 17/471

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 vertagt.

7 Neustrukturierung der Schulsozialarbeit in NRW 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3013

Ausschussprotokoll 17/449

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 vertagt.

8 Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773

Ausschussprotokoll 17/476

– Diskussion

Der Tagesordnungspunkt wurde als Tagesordnungspunkt 6 aufgerufen.

9 Jugendkriminalität weiter effektiv bekämpfen 27

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4442

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 vertagt.

10 Häuslicher Gewalt entschieden entgegentreten – Unterstützung der Frauenhäuser in NRW stärken 28

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4463

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 vertagt.

11 Landesregierung muss einen Zukunftsplan für die Ganztagsschule vorlegen 29

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4456

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 vertagt.

12 Vereinbarungen mit der Bundesregierung zum „Gute-KITA-Gesetz“ 30

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1334
Vorlage wird erwartet

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 vertagt.

13 „Ene, mene muh – und raus bist Du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik“ Broschüre der Antonio Amadeuo Stiftung 31

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1579

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 vertagt.

14 Aktueller Sachstand zur Novellierung des Kinderbildungsgesetzes *(Bericht auf Wunsch des MKFFI)* **32**

Mündlicher Bericht der Landesregierung

– Diskussion

Der Tagesordnungspunkt wurde als Tagesordnungspunkt 3 aufgerufen.

15 Verschiedenes 55

– keine Diskussion

* * *

5 Gesetz zur Ausführung der Insolvenzverordnung (AG InsO)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3947

Vorlage 17/1578

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Gesetzentwurf wurde am 14. November 2018 zur Federführung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen. Der Rechtsausschuss hat zustimmend votiert.)

Der Tagesordnungspunkt wurde als Tagesordnungspunkt 4 aufgerufen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) dankt für den zusätzlichen Bericht der Landesregierung. Bezüglich der Frage nach der Möglichkeit, den Abschluss „Diplompädagogin“ bzw. „Diplompädagoge“ unter § 2 Abs. 1 Nr. 1 a) aufzunehmen, heiße es im Bericht, die bisherige Anerkennungspraxis könne in die Gesetzesbegründung aufgenommen werden. Seines Wissens könnten Gesetzesbegründungen allerdings nachträglich nicht mehr verändert werden.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs selbst bestehe im Ausschuss große Einigkeit.

StS Andreas Bothe (MKFFI) erläutert, eine Prüfung habe ergeben, zumindest für die Studienfächer Sozialpädagogik und Sozialarbeit könne ein vergleichbarer Ausbildungsstand wie bei den übrigen unter § 2 Abs. 1 Nr. 1 a) aufgeführten Abschlüssen angenommen werden. Deshalb spreche nichts dagegen, Absolventen dieser Studienfächer als geeignet zu erachten, in Fragen der Verbraucherinsolvenz zu beraten.

Bei Diplompädagoginnen und -pädagogen anderer Fachrichtungen wie beispielsweise der Theater- oder Kulturpädagogik solle im Einzelfall entschieden werden.

Die fragliche Passage im Bericht sei etwas missverständlich formuliert, die genannte Einschätzung stehe aber nun zum einen im Ausschussprotokoll und solle zum anderen in die Anerkennungsrichtlinien aufgenommen werden.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) fragt, warum die Diplompädagoginnen und -pädagogen dann nicht ins Gesetz aufgenommen würden. Auf einen entsprechenden Änderungsantrag könne man sich sicherlich schnell einigen.

LMR’in Stephanie Paeleke-Kuhlmann (MKFFI) antwortet, das Gesetz enthalte bereits die Formulierung, dass vergleichbare Ausbildungen durch die zuständigen Bezirksregierungen anerkannt werden könnten. So werde es in der Praxis bereits gehandhabt.

Um der Verbraucherzentrale entgegenzukommen, welche das Anliegen, Diplompädagogen aufzunehmen, nach der Verbändeanhörung angebracht habe, wolle man gerne deutlicher machen, dass ein Abschluss zum Diplompädagogen als vergleichbare Ausbildung anerkannt werden könne. Deshalb solle der Abschluss in die Anerkennungsrichtlinien aufgenommen werden.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/3947 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.